



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

5.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

Die Probleme der Weltgeschichte, und um ein solches handelt es sich hier, lösen sich nicht von selbst, gleichsam nach einer in ihnen ruhenden mathematischen Formel, die den Ablauf der Entwicklung und das schließliche Ergebnis unausweichlich beherrscht. Beides, Verlauf und Ende, hängen wesentlich ab von der Art der Menschen, die zur Behandlung der Dinge vorzugsweise berufen sind. Die Frage der deutsch-französischen Beziehungen im Zeitalter der deutschen Einheitsbewegung und Reichsgründung macht davon keine Ausnahme. In diesem Sinn ist die Persönlichkeit Napoleons III. das Schicksal Frankreichs und Deutschlands geworden.

Der kleine Neffe des großen Kaisers, nach einem abenteuerlichen Leben als Verbannter, zeitweilig Gefangener, mit vierzig Jahren durch die Sturzwelle der Revolution auf den Präsidentenstuhl der französischen Republik gehoben, der sich unter ihm binnen kurzem in einen Kaiserthron verwandelte, er ist in der Geschichte nicht gut weggekommen. Die Nachwelt ist in Gefahr, ihn zu unterschätzen, weil sie allzusehr auf das Ende seiner Laufbahn sieht, wo er, vor der Zeit alt geworden, ein kranker, gebrochener Mann, das Unglück hatte, auf einen Gegner zu stoßen, dem er schon in seinen besten Tagen kaum gewachsen gewesen wäre. An seinen übrigen Zeitgenossen gemessen, war er keine verächtliche Erscheinung; den einen Cavour ausgenommen, hat er sie alle überragt. Man wird doch nicht ganz ohne eigenes Verdienst, nur auf Grund eines großen Namens, also auf ein Vorurteil hin, aus dem Exil heraus Kaiser der Franzosen und Schiedsrichter Europas, der nur ein Wort fallen zu lassen braucht, damit die Welt aufhorche. Seine Regierung hätte zweifellos einen andern Abschluß gefunden und würde heute vielleicht ein Ruhmesblatt in der Geschichte Frankreichs

bilden ohne das Auftreten Bismarcks. Das ist es eben, was diese Zeit von allen früheren unterscheidet, daß diesmal durch ein seltenes Gnadengeschenk des Himmels der Staatsmann, der nicht nur wußte, was sein konnte und sein mußte, der auch konnte, was er sollte und wollte, der wahrhaft große Mann, der Mann des Schicksals, auf deutscher Seite stand.

Napoleon III. hat auf die Zeitgenossen den Eindruck einer Sphinx gemacht: aus Widersprüchen zusammengesetzt, ein Rätsel, das niemand lösen kann. So wirkt seine Erscheinung noch heute. Das Widerspruchsvolle lag schon in ihm selbst; vollends verhängnisvoll wurde es dadurch, daß er als Oberhaupt des französischen Staates in eine Lage und vor Aufgaben gestellt war, die seiner Natur im Grunde nicht entsprachen. Er war kein Franzose, in seinem ganzen Wesen der vollkommenste Gegensatz zu allem Französischen. Bis zu seinem 40. Jahr hatte er im Ausland, in Deutschland, Italien, der Schweiz, Amerika und England gelebt und Frankreich nur als Strafgefangener kennen gelernt. Zur Herrschaft gelangt, stand er immer ziemlich einsam über der Nation. Sein persönlicher Anhang waren Abenteurer, Glücksritter wie er selbst, zum Teil dunkle Ehrenmänner, mit seinen nächsten Verwandten lebte er nicht in den besten Beziehungen, und seine Gemahlin, die energische, herrschlustige Eugenie, war eine Spanierin. Für die Masse des Volkes war und blieb er der Träger eines großen Namens, der Neffe des Oheims. Ihm fehlten die natürlichen Zusammenhänge mit der Gesellschaft und dem Volk und damit die Kanäle zu ihrer Beeinflussung. Seine einzige feste Stütze war die Armee und sein Regierungssystem darum auch die militärische Diktatur. Die Stimmung der Armee, der Generäle und Offiziere bildete für ihn das Barometer, nach dem er vor allem schauen mußte. Dabei war er klug genug, zu wissen, daß die Diktatur immer nur als vorübergehender Zustand möglich ist. Darum erstrebte er, seit er einen Sohn hatte, dem er die Nachfolge zu sichern wünschte, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform und übereilte

ihn, als zunehmende Krankheit ihn fürchten ließ, er könne sterben, bevor der Sohn erwachsen wäre. Das machte ihn nach zwei Seiten abhängiger, als ein Herrscher sein darf, der persönlich regieren will. Napoleon hat auf das persönliche Regiment bis zuletzt niemals verzichtet, auch dann nicht, als er äußerlich zum parlamentarischen System sich bequemt hatte. Immer behielt er die Gewohnheiten des Heimlichtuns und Hintersichtführens bei, die er in den Verschwörerzeiten seiner Jugend angenommen hatte. Insbesondere die auswärtige Politik leitete er ganz selbständig und so eigenmächtig, daß er hinter dem Rücken von Ministern und Botschaftern Verhandlungen führte und Abmachungen traf. Und doch ist es keine Paradoxie, wenn man sagt: seine eigene Politik, die, die er für die richtige und beste gehalten haben würde, wenn er frei gewesen wäre, hat er nicht gemacht.

Wenn jede Regierung nach ihren Erfolgen beurteilt wird und in dem Maße gefestigt ist, wie sie Erfolge aufzuweisen hat, so bedurfte der Emporkömmling ihrer doppelt und dreifach. Die Geschichte Louis Philipps hatte ihn gelehrt, wie wenig gerade die französische Nation ihrem Herrscher den Mangel an äußeren Erfolgen verzeiht. Nicht in den gleichen Fehler zu verfallen, hatte er sich von Anfang an vorgenommen. Daher der betriebsame, unternehmerische Zug in seiner auswärtigen Politik, mit der er die Welt fortwährend beunruhigte und in Spannung hielt, daher auch die reklamehafte Art, in der er seine Taten anzupreisen und seine Absichten orakelhaft anzukündigen liebte. In der Politik, das war sein Grundsatz, müsse man nicht nur sein, auch scheinen. Mit treffendem Sarkasmus kennzeichnete ihn der Prinzgemahl von England als den Direktor eines Schauspielhauses, in dem die Zuschauer täglich ein neues Stück zu sehen erwarten.

Keinem französischen Herrscher hätte es näher liegen können, dem Einheitsstreben der deutschen Nation entgegenzukommen. An Deutschland knüpften ihn Jugenderinnerungen, die ihm teuer waren. Auf dem Gymnasium in Augs-

burg hatte er eine deutsche Erziehung erhalten und deutsch denken gelernt. Das Französische sprach er mit dem Akzent eines Deutschen, nicht einmal in der Rechtschreibung war er fest. Noch in späteren Jahren fiel er in der Unterhaltung mit deutschen Besuchern gern in deren Sprache und sagte wohl einmal ganze Gedichte von Schiller her. Wenn er seinen Gedanken den Lauf ließ, machte er den Eindruck eines deutschen Stubengelehrten, und von Politik sprach er oft so, „daß man meinte, man befände sich mitten in einer Gesellschaft von deutschen Doktrinären“. So sah ihn der Herzog von Koburg. Napoleon konnte von Natur nicht anders als Deutschland mit Sympathie gegenüberstehen. Und hatte er nicht das Prinzip der Nationalität als Richtschnur für die Gestaltung der europäischen Staatenwelt auf seine Fahne geschrieben? Die Losung richtete sich in erster Linie gegen Österreich und Rußland, in der Befreiung Italiens und Polens sollte sie sich praktisch verwirklichen und zugleich die beiden Staaten treffen, die unter den Siegern von 1815 am meisten gewonnen hatten. Was den Italienern recht, war den Deutschen billig. In beiden Fällen war es ja der Erbfeind Österreich, der bei Erfüllung des Einheitswunsches seine Stellung, seinen Einfluß verlor. Napoleon hat das selbst anerkannt. Im Gespräch mit Franz Liszt hat er 1861 mit Nachdruck erklärt, die Deutschen dürften darauf rechnen, daß er für sie dasselbe tun würde, was er für Italien getan habe. Man konnte auch dies als französischen Vorteil hinstellen.

Alles zusammen, Gefühl, Grundsätze und Überlegung, konnten Napoleon wohl dazu führen, die Schöpfung der deutschen Einheit zu dulden, sogar sie zu begünstigen und zu fördern. Vielleicht, ja wahrscheinlich hätte er es rückhaltlos getan, wäre er Herr seiner Entschlüsse gewesen. Das war er nicht. Nicht seine eigene Politik hatte er zu machen, sondern die Politik Frankreichs, und Frankreich erlaubte ihm nicht, zu tun, was er gern getan hätte. Es lebte in alten Überlieferungen und Wünschen und hoffte vom Kaiser, daß er sie erfüllen werde. Vorüber war mit dem Intermezzo der Revolution auch die weltbürgerlich-friedselige Stimmung,

die 1848 vorgeherrscht hatte. Hatte schon damals die Beseitigung der Wiener Verträge im Hintergrund der französischen Politik gestanden, so war sie jetzt bestimmte Erwartung: was Bourbon und Orléans nicht vermocht, das mußte dem Bonaparte gelingen. Eben darum hatte die Nation ihn, den Fremden, auf den Schild gehoben, weil sein Name allein Bürgschaft genug schien. Das zweite Kaiserreich konnte die Erinnerung an das erste am wenigsten verleugnen. Darüber waren die Zeitgenossen einig.

Der neue Kaiser, so urteilt Perraud noch im Jahre 1923, mußte sich herausgefordert fühlen, „die Wunde zu schließen, die der französischen Flanke durch die Verträge von 1815 geschlagen war“. Das war es, was Frankreich von ihm erwartete: den Rhein. Während des Krimkriegs schrieb Tocqueville, der sein Volk kannte, an einen englischen Freund: dieser Krieg sei nicht volkstümlich; würde er, statt in der Krim, am Rhein geführt und würde folglich sein Ziel klar begriffen, so könnte man wieder die ganze Nation auf die Beine bringen, wie das zu andern Zeiten geschehen sei.

Am stärksten herrschte diese Stimmung, wie natürlich, in der Armee. Wir sind zufällig in der Lage, nachzuweisen, in welchem Geist die Blüte des Offizierkorps damals erzogen wurde. 1864 erschien ein Buch von Lavallée über die Grenzen Frankreichs, hervorgegangen aus den Vorlesungen, die der Verfasser seit 32 Jahren an der Kriegsakademie von St. Cyr gehalten hatte, in seiner Art ein vortreffliches Buch, aus dem sich noch heute manches lernen läßt. In ganzen Kapiteln ist es ein förmlicher Hymnus auf die Rheingrenze. Es beginnt mit dem Satz von Strabo, der in passender Verdeutlichung wiedergegeben wird: „Gallien oder das französische Land (*la Gaule, ou la région française*) ist von der Natur begrenzt durch den Ozean, die Pyrenäen, das Mittelmeer, die Alpen und den Rhein.“ Wo vom Frieden von Campoformio und der ersten Abtretung des linken Rheinufers die Rede ist, bricht der Verfasser in die begeisterten Worte aus: „Nach acht Jahrhunderten der Anstrengungen sollte Frankreich die Grenzen erreichen, die von der alten Monarchie so sehr er-

sehnt wurden!“ Gar nichts hält er von der Neutralität Belgiens. Er nennt sie chimärisch und unmöglich. Belgien ist für ihn „der gegebene Schauplatz französischer Einbrüche, die Ringbahn, die die Natur Frankreich und seinen Feinden bereitgestellt hat, damit sie dort ihre Streitigkeiten ausfechten; kurz, eine Landschaft, deren ganze Natur nach dem Kriege ruft und eigens für Schlachten geschaffen scheint“. Am Schluß erhält man einen Überblick über die Lage Frankreichs, wie sie nach dem Zürcher Frieden (1859) sich darstellt. „Im Süden hat es seine natürliche Grenze wiedergewonnen; wird es auch die nördliche wiedergewinnen? Es braucht die Grenzen alle, die Gottes Hand ihm gegeben hat, die es in keltischer und römischer Vorzeit besaß, die es bei der Erneuerung von 1789 wiedereroberte; sein Gebiet muß das Schlachtfeld von Zülpich (wo Chlodwig die Alemannen besiegte) und das Grab Karls des Großen umschließen; es muß, wie Vauban zu Ludwig XIV. sagte, ‚seinen Hof abrunden‘ (*faire son pré carré*).“ Dann versteigt der Verfasser sich zu der Behauptung: „Frankreichs natürliche Grenzen bilden seit 72 Jahren einen Teil des öffentlichen Rechts von Europa, sie sind das Pfand für den Weltfrieden.“ Die Könige hatten geduldig dafür gearbeitet, Napoleon schoß übers Ziel hinaus, und das Werk mußte zum Teil von vorn begonnen werden. Jetzt, da Savoyen und Nizza wiedergewonnen, Frankreich in seinen Rang wieder eingesetzt ist, ist „das übrige Sache der Zeit, der Geduld, der Verständigung (*conciliation*). Es wird ohne Erschütterung und in friedlicher Weise geschehen, wenn Europa vernünftig ist und Vertrauen hat, wenn es seine Vorurteile und seinen alten Groll aufgeben will und sich Notwendigkeiten fügt, die durch Natur, Geschichte, Vernunft und Gerechtigkeit vorgeschrieben sind“. Das Buch von Lavallée hat in zwei Jahren fünf Auflagen erlebt.

Das also war die Gesinnung, waren die Gedanken, mit denen Napoleon III. rechnen mußte, wenn er das Vertrauen des Landes behalten wollte. So persönlich er die Geschäfte führte, seiner persönlichen Neigung durfte er in der Behandlung der Deutschen Frage nicht folgen. Er hätte damit seinen

Thron untergraben und, wenn nicht seinen eigenen Sturz, so den seines Sohnes mit Sicherheit herbeigeführt.

Aus diesem Gegensatz zwischen persönlicher Neigung und notgedrungener Rücksicht auf den Willen der Nation hat Napoleon den Ausweg nie gefunden, und daraus ergab sich ein diplomatisches Spiel, das von Anfang an der Sicherheit und Aufrichtigkeit entbehrte, das mit der Zeit, je schwieriger die Umstände sich gestalteten, desto planloser und widerspruchsvoller wurde, und das zu enträtseln die Zeitgenossen schließlich verzweifelten. Nach seinem Sturz hat der Kaiser sich bitter beklagt, sein Fehler sei gewesen, daß er an beschworene Treue und Dankbarkeit geglaubt habe. Das war eine große Selbsttäuschung. Wie kann der auf Treu und Glauben und Dankbarkeit rechnen, der keinen Vertrag und keine Freundschaft ohne den Hintergedanken schließt, den Partner zu überlisten und zu täuschen, und nicht einmal gegen sich selbst aufrichtig ist? In dem Spiel, worin die Schlaueit über Freund und Feind den Sieg davontragen sollte, kam es schließlich so weit, daß der Spieler sich in seinen eigenen Ränken verfang, und der verzweifelte Versuch, sich aus dem Netz, in das er geraten war, mit Gewalt zu befreien, brachte ihn vollends zu Fall.

\*

Verlorene Mühe wäre es, in der Politik Napoleons III. gegenüber Deutschland nach einem festen Plan oder auch nur einem steten Hintergedanken zu suchen. Sein Plan war nicht, die deutsche Einheit zu verhindern, ebenso wenig, sie zu fördern. Auch der Erwerb des Rheinlands ist nicht, wie man noch jüngst behauptet hat, sein unverrückbares Ziel und der Schlüssel zur Geheimschrift seiner persönlichen Diplomatie gewesen. Wer ihn so beurteilt, hat ihn nicht verstanden. In Wahrheit hatte Napoleon nur einen steten Gedanken: sich zu behaupten und seinem Sohn die Nachfolge zu sichern. In allen andern Dingen, und so auch betreffs der Deutschen Frage, hat er seine Absichten gewechselt und sich selbst häufig widersprochen. Man kennt gut be-



zeugte, keiner Verstellung verdächtige Äußerungen, in denen er jeden Zuwachs an deutscher Bevölkerung als unerträglich für Frankreich bezeichnet und sich hoch und heilig verschwört, niemals auch nur eine halbe Quadratmeile davon zu begehren. Auf der andern Seite hat die Kaiserin Eugenie noch im Jahre 1905 gestanden, ihr Gemahl habe den Erwerb des Rheinlands leidenschaftlich erstrebt. Zum Prinzgemahl von England bemerkte er 1857, es sei nicht nötig, die Verträge von 1815 umzuwerfen; einige kleine Verbesserungen würden genügen. Fünf Jahre vorher hatte er einem englischen Freunde rundheraus erklärt, Europa verlange nach Abänderung der Wiener Verträge; hatte er mit General Jomini, dem Abgesandten des Zaren, eine ganze Nacht über der Karte Europas zugebracht und Pläne geäußert, über die der General erschrak: von der Ordnung von 1815 sollte gar nichts übrigbleiben. Noch die geheimen Verhandlungen und Abmachungen, die in den 60er Jahren mit Österreich gepflogen wurden, rechnen mit einer gründlichen Umgestaltung des mitteleuropäischen Kartenbildes. Der Prinzgemahl hörte 1854 aus seinem Munde, daß er die Besorgnis aller Franzosen vor einem geeinten Deutschland teile und die sogenannte Trias, eine Dreiteilung zwischen Preußen, Österreich und den Mittelstaaten, vorziehe. Sechs Jahre später verkündigte ein Publizist, der dem Kaiser gewiß nicht widersprechen wollte: „Wir fürchten nicht ein Königreich von 26 Millionen Italienern; wir würden 32 Millionen Deutsche an der Ostgrenze nicht mehr fürchten.“ Und so fort in stetem Wechsel. Seine Politik lebte von Widersprüchen.

Vor ihm lagen viele Wege, die ihm alle von der Überlieferung gewiesen wurden. Er konnte nach dem ganzen linken Rheinufer greifen und scheint es zuzeiten geplant zu haben. Er konnte sich auf die bayrische Pfalz und Rheinhessen beschränken, bezüglich der preußischen Rheinprovinz auf die Tauschpläne Chateaubriands und Talleyrands und den rheinischen Pufferstaat unter dem König von Sachsen zurückkommen und hat es versucht. Er war bereit, sich mit dem Mindestmaß von Saarbrücken und Landau zu begnügen, und

einmal sogar, im Augenblick tiefster Niedergeschlagenheit, auf jede Abtretung deutschen Bodens zu verzichten. Dann wieder erschienen ihm Belgien und Luxemburg als passende Entschädigung. Alle diese Phasen hat seine Politik durchlaufen, jeden Plan zeitweilig verfolgt und keinen verwirklicht. An einem aber hat er die längste Zeit festgehalten: keinen Krieg zu führen, die Erwerbungen, die er machen wollte, durch friedliche Mittel, Verhandlung und Verständigung zu erreichen. Er hat schon als Präsident der Republik (1849) damit begonnen, die preußischen Bemühungen um die Einheit Deutschlands zu unterstützen, und hat damit geendet, daß er, nur um die deutsche Einheit nicht zustande kommen zu lassen, den Krieg entfesselte, aus dem sein eigener Sturz und die Gründung des Deutschen Reiches hervorging. Er gleicht einem Manne, der mehrere Waffen geerbt hat und sich nicht entschließen kann, welche er anlegen soll, ob den Dolch oder den schweren Säbel, den Taschenrevolver oder die Jagdbüchse. Er nimmt sie nach und nach alle in die Hand, spielt mit jeder und benutzt keine, bis endlich die große Flinte, in der Hast ergriffen, losgeht und ihn selber trifft.

Dieses unsichere Tasten, das Schwanken zwischen entgegengesetzten Polen beginnt mit dem ersten Tage seiner Regierung. Wir berührten schon die Unterstützung, die er den preußischen Unionsbestrebungen (1850) anbot. Ein Jahr vorher hatte er einem englischen Freunde zu verstehen gegeben, er gedenke sich dabei durch Verschieben der eigenen Grenze bezahlt zu machen. Jetzt nannte er dem preußischen Gesandten ausdrücklich die bayrische Pfalz als Preis, verzichtete aber sogleich darauf, als der Preuße ihm erklärte, die leiseste Andeutung dieser Art würde jede Annäherung unmöglich machen. Immerhin soll er damals schon den Plan für die Eroberung des Rheinlands bearbeitet haben. Sein Vertreter in Berlin, der energische, aber etwas abenteuerliche Persigny, hatte wenigstens Landau oder Saarbrücken gefordert, aber nur erreicht, daß er abberufen werden mußte. Während des Krimkriegs, nach den schlechten Erfahrungen,

die er mit Österreich gemacht hatte, stiegen des Kaisers Sympathien für Preußen. Zum Herzog von Koburg äußerte er sich damals im Tone größten Wohlwollens, gab deutlich zu verstehen, daß er die österreichische Allianz durch die preußische zu ersetzen wünsche, und erging sich in unbestimmten Andeutungen, daß ihm eine Ausdehnung Preußens in Deutschland recht wäre, wenn man ihn dafür am Rhein oder in Italien entschädigte. Dem preußischen Minister von der Heydt sagte er geradezu: „Ich finde immer, Preußen sei ein wenig zu mager.“ Bismarck, der ihn 1855 besuchte, bekam zu hören, Preußen und Frankreich, als die beiden Staaten, die an der Spitze der Zivilisation ständen, seien aufeinander angewiesen. Zwei Jahre später wurde der Kaiser gegenüber diesem Unterredner, den er für den kommenden Mann in Preußen hielt, noch deutlicher. Ausführlich setzte er ihm auseinander, daß und warum eine Vergrößerung Frankreichs bis zum Rhein ein Unding sei; eine kleine Berichtigung der Grenze sei zwar erwünscht, aber auch entbehrlich. Frankreichs Zukunft liege auf dem Wasser, das Mittelmeer sei sein Ziel, und dafür wünsche er die preußische Rückendeckung. Preußen solle durch Einverleibung von Hannover und Schleswig-Holstein selbst Seemacht werden und vereint mit Frankreich die drückende englische Seeheerrschaft brechen.

Solange Friedrich Wilhelm IV. regierte, der in Napoleon die verkörperte Revolution, das böse Prinzip sah und eine Verbindung mit ihm schlechthin für Sünde hielt, fielen diese Samenkörner auf steinigen Boden. Nach dem Regierungswechsel von 1858 schienen die Aussichten günstiger. Napoleon hielt seine Zeit für gekommen, die Zeit der französisch-preußischen Entente. Daß Preußen im italienischen Kriege (1859) nach dem Siege bei Solferino im Begriffe stand, ihm in den Rücken zu fallen, und ihn dadurch zu schleunigem Friedensschluß und Verzicht auf die Befreiung Venetiens nötigte, hat ihn nicht irre gemacht. Noch im gleichen Jahr hat er zu einem Italiener geäußert: in Deutschland vertrete Österreich die Vergangenheit, Preußen die Zukunft; wenn es

sich mit Frankreich verbünde, könne es die Machtstellung gewinnen, die Österreich verlieren würde, und in Deutschland die hohe Bestimmung erfüllen, die seiner harre und die Deutschland von ihm erwarte. Im nächsten Jahr (1860) suchte und fand er die persönliche Anknüpfung bei einer Begegnung mit dem Prinzregenten in Baden-Baden, und noch ehe das Jahr um war, erhielt sein Gesandter in Berlin, Moustier, bestimmte Aufträge. Der Kaiser hat ihn bei dieser Gelegenheit in seine Gedanken eingeweiht, Moustier hat nicht seinen Mund gehalten, vielleicht auch, um die belgische Regierung sicher zu machen, seinem belgischen Kollegen davon gesprochen, und über Brüssel, wo man mit gutem Grund die äußerste Wachsamkeit übte, hat die Nachwelt es erfahren.

Der Kaiser stehe seit seinem langen Aufenthalt in England unter dem Eindruck des blühenden Gedeihens, mit dem dieses Land Frankreich, das doch von Natur ebenso reich und dessen Volk ebenso fähig sei, so weit überflügelt habe. Er finde die Ursache davon in dem natürlichen Grenzschutz, den England als Insel genieße und der es ihm erlaube, die Mittel, die Frankreich zur Verteidigung seiner Grenzen brauche, für friedliche Aufgaben zu verwenden. Wenn Frankreich dasselbe tun könnte, würde es seinen Reichtum verdoppeln. Also müsse es ein Grenzsystem erhalten, das sich selbst verteidige. Gegen Süden sei das mit Nizza und Savoyen jetzt erreicht, gegen Norden bürge die belgische Neutralität für Sicherheit. Nur von Mainz bis Köln seien Berichtigungen unerlässlich. Mit andern Worten: die Pfalz und das linke Rheinufer hatte der Kaiser im Auge. „Aber“, fügte er hinzu, „ich träume nicht von Eroberungen; ich will friedlich und allmählich vorgehen. Ich will zum Ziel gelangen durch Austausch freundlicher Erklärungen und Verständigung.“ Das ist es, was Moustier dem Regenten nahelegen soll, natürlich zugleich mit dem Angebot territorialer Kompensationen für Preußen in Deutschland.

Ist es nicht, als käme aus dem Munde Napoleons III. die Stimme Richelieus? Der Kaiser hat von den Denkschriften des großen Kardinals schwerlich eine Zeile gekannt, und doch, wenn man zur Instruktion für Moustier die Äußerungen gegen

Bismarck hinzunimmt, wiederholt er die leitenden Gedanken Richelieus: den Vergleich mit England hinsichtlich des Grenzschatzes, den Hinweis auf das Meer und den Wunsch nach Ausnutzung der vorhandenen Quellen des Reichtums. Sogar, was er über seine Taktik sagt, das friedliche, schrittweise Vorgehen, erinnert an Richelieus Rat zu „vorsichtigem und verdecktem Verfahren“. Zwischen Napoleon III. und Richelieu besteht keine geistige Verwandtschaft. Was den Epigonen, ohne daß er es weiß, auf die Gedanken des Schöpfers führt, ist neben der Natur der Dinge die Überlieferung, die in zwei Jahrhunderten selbst zu einem Stück Natur geworden ist und im Unterbewußtsein eines jeden Franzosen lebt.

In welcher Weise Moustier seinen heikeln Auftrag ausgerichtet hat, wissen wir nicht. Auf keinen Fall hat er damit Anklang gefunden. Der Plan war von vornherein aussichtslos. Er verrät, was der Prinzgemahl von England schon 1854 festgestellt hatte, daß Napoleon, ungeachtet seiner deutschen Erziehung, das Deutschland der 50er und 60er Jahre, wie es seit 1840 und 1848 geworden war, wenig oder gar nicht kannte. Aber auch so bleibt es verwunderlich, daß er den inneren Widerspruch nicht empfand, in den er geriet, wenn er von Preußen die Erfüllung nationaler Hoffnungen erwartete und ihm gleichzeitig Opfer an der Stelle zumutete, wo das nationale Gefühl am reizbarsten war. In diesem Punkte — vielleicht nur in diesem — war er der echte Franzose, ein Spiegel der Nation, die es niemals begriffen hat, daß ein anderes Volk auch etwas von dem nationalen Empfinden haben könnte, durch das sie selbst so stark ist.

Die belgische Quelle, der wir die Kenntnis des Vorschlags von 1860 verdanken, berichtet, Napoleon habe sich nach seinem Berliner Mißerfolg an Österreich gewandt und ihm den dauernden Besitz Venetiens versprochen, wenn man ihm das Rheinland überließe. Aber in Wien habe er nicht mehr Gegenliebe gefunden als in Berlin. Wenn das richtig ist — und die Beglaubigung ist nicht schlecht —, so zeigt es, wie souverän der Kaiser der Franzosen damals über Länder und Staaten

Haller, Tausend Jahre ... 9

meinte verfügen zu können. Von der Höhe seines Ansehens glaubte er Europa zu beherrschen. Im Krimkrieg war Rußland besiegt, ein Kongreß in Paris unter französischem Vorsitz hatte die orientalische Frage vorläufig geregelt, der Feldzug von 1859 die Österreicher aus der Lombardei verdrängt und den Italienern ihren nationalen Staat geschaffen, zugleich Frankreich einen hübschen Zuwachs an Gebiet und eine gesicherte Grenze eingebracht. Im Süden war das Programm erfüllt, jetzt mußte der Osten an die Reihe kommen. Das war damals die allgemeine Ansicht. Die jüngsten Erwerbungen hatten im Volke und noch mehr in der Armee die Freude an Krieg und Eroberung geweckt. „Der junge Tiger hatte Blut geleckt“, und sein Hunger brauchte nicht lange zu suchen, wo er zu stillen sei. Man erwartete den Griff nach dem Rhein und war auf Krieg gefaßt.

Aber der Kaiser dachte nicht an Krieg. Wenn er es je getan hätte, so würden die Erfahrungen des italienischen Feldzugs ihn abgeschreckt haben. Darüber gab er sich keiner Täuschung hin und sprach es gelegentlich aus: seine Generäle hatten sich zu großen Operationen nicht fähig gezeigt, er selbst war kein Feldherr; Magenta und Solferino waren Glückssiege gewesen, den Fehlern des Gegners zu verdanken. Darum keinen Krieg mehr! Da „spielt der Zufall eine zu große Rolle“. Künftig sollte die Diplomatie es schaffen, durch Benutzung europäischer Krisen gedachte der Kaiser zum Ziele zu kommen.

Die Krisen ließen nicht auf sich warten. Gerade in den nächsten Jahren reihte sich eine an die andere: zu Ende 1862 setzte der Aufstand in Polen die polnische Frage auf die Tagesordnung, ein Jahr später rollte der Tod des Königs von Dänemark die schleswig-holsteinische auf, und aus dieser entwickelte sich binnen kurzem der Zusammenstoß zwischen Österreich und Preußen. So günstig hatten die Karten noch nie gelegen; das Spiel mußte gewonnen werden!

Es ist vollständig verloren gegangen, weil zwei unberechenbare Faktoren die Lage veränderten. Seit Anfang der 60er Jahre begann bei Napoleon der rasche körperliche Ver-

\*\*\*

fall, der seine Willenskraft lähmte und von der früheren Elastizität der Gedanken und Entschlüsse nur noch die unruhige Projektenmacherei, die unberechenbare Plötzlichkeit und den mit der Zeit immer trüber gefärbten Fatalismus des Abenteurers übrigließ, der Napoleon ursprünglich war und bis zuletzt geblieben ist. Der andere Faktor war das Auftreten eines überlegenen Gegenspielers: Ende September 1862 ergriff Bismarck die Zügel der preußischen Politik. Von da an gestaltet sich das gesamte Spiel der europäischen Diplomatie mit jedem Tage mehr zu einem Duell zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem deutschen Staatsmann, einem Duell, in dem die übrigen Mächte teils Sekundanten, teils Zuschauer sind.

Das Schauspiel erhält einen besonderen Reiz, wenn man bemerkt, daß die Gegner, die da aufeinander losgehen, eigentlich Freunde sein sollten. Von Napoleon wissen wir schon, daß er für seine Person mit der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung im Grunde sympathisierte und sympathisieren mußte, soweit er sich selber treu blieb. Die preußische Allianz war ihm immer willkommen gewesen, und sie gewann an Wert, je mehr Preußen sich verstärkte. Damit hätte er bei niemand mehr Gegenliebe gefunden als bei Bismarck. Dieser hatte schon zur Zeit des Krimkriegs, zum Entsetzen seiner Berliner Freunde, einer Verbindung Preußens mit Frankreich das Wort geredet. Er hatte später sich selber geschadet, als er während des italienischen Krieges dafür eingetreten war, daß Preußen die Gelegenheit benutze, um die Deutsche Frage zu lösen, was ganz von selbst eine Verbindung mit Frankreich gegen Österreich herbeigeführt haben würde. Seitdem galt Bismarck vielen als Vertreter des französischen Bündnisses; man sagte ihm nach, er sei bereit, es durch Abtretung des Rheinlands zu erkaufen. Das war eine Verleumdung. Aber daß Bismarck für die Lösung der Deutschen Frage, die ihm vorschwebte, eine Verständigung mit Frankreich wünschte und brauchte, ist nicht zweifelhaft, und daß er darüber hinaus das Bündnis mit Frankreich als das natürlichste und vorteilhafteste für Preußen und Deutschland

ansah, ist durch mehr als eine vertrauliche Äußerung sicher bezeugt. Wenn der Vergleich nicht zu niedrig stände, so möchte man sagen: Napoleon III. und Bismarck sind wie zwei junge Leute, die dazu geschaffen scheinen, einander zu heiraten, und dennoch in tödliche Familienfehde geraten.

Napoleon kannte Bismarck längst. Wie weit er ihn erkannt und seine Absichten durchschaut hat, mag fraglich sein. Aber so wenig wie irgend ein anderer wird er sich dem Eindruck entzogen haben, daß die kühne Natur dieses Staatsmannes durch Vorurteile nicht gehemmt wurde. Daraus mag er den Glauben geschöpft haben, daß mit ihm leichter als mit andern ein Geschäft zu machen sein werde. Wenn man Bismarck bei der Verfolgung seiner preußischen Ziele in Deutschland freie Hand ließ, ihn vielleicht auch unterstützte, so würde er wohl über den Preis mit sich reden lassen und, wenn nicht freiwillig, so durch die Umstände gezwungen, die Verbesserung der französischen Ostgrenze zugestehen. An diesem Glauben hat der Kaiser trotz aller Enttäuschungen vier Jahre lang festgehalten. Mit allen Mitteln der Überredung und Lockung hat er die preußische Regierung zu ermutigen, ja fast zu nötigen gesucht, nach Ausdehnung ihres Gebietes und Einflusses zu streben, die Deutsche Frage aufzurollen, den Konflikt mit Österreich zu entfesseln. Kam es dazu, wurden die beiden deutschen Großmächte handgemein, so war Napoleon der Schiedsrichter, der seinen Spruch fällen und die Gerichtskosten nach Belieben berechnen konnte. Die Rechnung erschien ihm so unfehlbar, daß er für keine Sicherung Sorge trug und daß er, als sie fehlschlug, für einen Augenblick wie ein Verirrter im Walde jede Orientierung verlor. In Wirklichkeit ist seine Politik von Anfang bis zu Ende eine Kette von Fehlern gewesen.

Ein Fehler war schon das Vorspiel, der Versuch, den polnischen Aufstand als Anlaß zu einem einheitlichen Vorgehen der Großmächte gegen Rußland zu benutzen. Wir bedürften nicht erst des späten Geständnisses der Kaiserin Eugenie, um zu wissen, daß die Parteinahme für Polen das Verkehrteste war, was Napoleon damals tun konnte. Mochte sie hundert-



mal französischen Überlieferungen entsprechen und von der öffentlichen Meinung noch so stürmisch gefordert werden, es war und blieb grundfalsch, die russische Allianz, die sich seit dem Pariser Kongreß langsam anbahnte, dem Plan der Wiederherstellung Polens zu opfern und sich den Zaren für lange Zeit gründlich zu entfremden. Die Folgen blieben nicht aus: der Gegenspieler hatte die Blöße sofort erspäht und ausgenutzt, und auf der Grundlage des Zusammengehens gegen den polnischen Aufstand entwickelte sich ein enges Einverständnis zwischen Preußen und Rußland. Nun war die französische Stütze für Preußen nicht mehr unentbehrlich, die Anlehnung an Rußland bot Ersatz. Frankreich aber sah sich isoliert, da keine andere Großmacht auf seine Absichten ernstlich eingegangen war. Umsonst bot der Kaiser zu Ende November 1863 Preußen ganz offen das Bündnis an. Er fand keine Gegenliebe.

Nur so viel hatte Napoleon erreicht, daß man ihm von jetzt ab an allen Höfen den Plan zuschrieb, Europa in Brand zu stecken, um beim Löschen plündern zu können. Von London aus kamen schon im Frühjahr 1863 Warnungen nach Berlin, es sei eigentlich aufs Rheinland abgesehen gewesen. Seitdem ist dieser Argwohn nicht mehr zur Ruhe gekommen. Ganz offen besprach man in allen Kabinetten die verschiedenen Möglichkeiten, die vollständige Annexion des gesamten linken Ufers, wie die bescheideneren Projekte, die wir kennen. Die Schlagworte *grand Rhin* und *petit Rhin* wurden zu Kunstausdrücken der Diplomatensprache, deren Bedeutung jedermann kannte. „Ganz Europa weiß, welches die Ansprüche Frankreichs sind,“ sagte im Frühjahr 1866 ein Italiener zu Bismarck. Und doch gibt es immer noch französische Geschichtschreiber, die die Annexionsgelüste der Napoleonischen Politik bestreiten oder beschönigen!

Einen neuen Anlaß bot im Frühjahr 1864 der schleswig-holsteinische Krieg. Napoleon wurde jetzt deutlich, er drängte die preußische Regierung zur Eroberung und nannte offen seinen Preis. Am 9. Februar enthüllte er dem preußischen Gesandten seinen Plan: Abtretung von Landau an Frankreich

und Neutralisierung des Rheinlands nach belgischem Muster, natürlich außerhalb des Deutschen Bundes. Sein Minister Drouyn de l'Huys äußerte zynisch: „Wenn andere sich vergrößern, müssen wir desgleichen tun. Ist es wenig, so sind wir mit wenigem zufrieden, ist es etwas Großes, so brauchen wir ebenfalls etwas Großes. Zug um Zug, nicht anders!“

Es wurde wieder nichts. Preußen vermied zunächst jede Annexion; das Stichwort, auf das man in Paris wartete, blieb aus, und so mußte man selbst schweigen. Aber nun zog sich das Unwetter des preußisch-österreichischen Konfliktes zusammen. Von Norden, aus der schleswig-holsteinischen Wetterecke, stieg es auf, im Sommer 1865 drohte es schon, sich zu entladen. Der Vorsicht und Geschicklichkeit Bismarcks gelang es noch einmal, die Gefahr zu beschwören. Im Gasteiner Vertrag einigten sich im August die streitenden Mächte. Napoleon war entrüstet, er konnte seine Enttäuschung nicht verbergen. Umso erfreuter muß er gewesen sein, als schon im Oktober der Besuch Bismarcks in Biarritz ihn darüber aufklärte, daß Gastein nur ein kurzer Waffenstillstand sei und der Krieg in Deutschland vor der Tür stehe.

Diesmal durfte die Gelegenheit nicht entweichen, ein zweites Gastein durfte es nicht geben. Darum legte der Kaiser selbst Hand an, um den Brand zu schüren. Heute, da die Akten in reicher Fülle ans Licht gezogen sind, übersehen wir sein diplomatisches Ränkespiel bis ins einzelne, und in hellem Glanz erscheint die Überlegenheit, mit der Bismarck ihm entgegenzuwirken und es zu vereiteln verstand, indem er es zugleich für seine Zwecke benutzte. Hier ist nicht der Ort, es im einzelnen zu verfolgen. Wir verzichten darauf, zuzusehen, wie die Kaiserin im Gespräch mit ausländischen Diplomaten die Karte von Europa herbeiholt und Länder und Völker neu verteilt, während im Hintergrunde die Spießgesellen und Verwandten des Kaisers ihre eigenen Pläne ausbrüten. In den Tuilerien schwirrte die Luft von Projekten zur Neugestaltung Europas, und die berüchtigte Zwietracht in des Kaisers Umgebung, die der Alternde nicht mehr beherrschte, sprach sich auch hierin aus. Nur in einem waren sie einig, daß

sie alle, auch die Preußenfreunde, eine Länderschiebung am Rhein zum Mittelpunkt ihrer Pläne machten. Lassen wir das pikante höfische Unterhaltungsspiel auf sich beruhen. Halten wir uns an die Hauptlinien, aus denen die Absichten und Beweggründe Napoleons ersichtlich werden.

Er hatte die Wahl zwischen Österreich und Preußen. Seine persönliche Neigung zog ihn immer noch zu Preußen, aber umsonst konnte er seine Dienste nicht anbieten. Zwar fühle er selbst, wie er dem preußischen Gesandten, Grafen Goltz, versicherte, sich „frei von engherzigen Vorurteilen und kleintlichen Gleichgewichtsrücksichten“. Aber er müsse mit der öffentlichen Meinung rechnen. „Die Augen der Nation“, sagte er, „blicken nach dem Rhein.“ Daß er darin nicht irrte, bezeugt der Gesandte selbst. Ein französischer Herrscher, so berichtet er am 1. Mai 1866, der den Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten unbenutzt ließe, am Ende gar das Entstehen eines stärkeren Deutschland unterstützte, würde seiner Dynastie das Grab bereiten.

Graf Goltz übertrieb nicht. Mit wachsendem Interesse verfolgte die französische Gesellschaft die Vorgänge hinter den Kulissen. Die Schatten, die davon auf der Bühne der Öffentlichkeit sichtbar wurden, waren ja deutlich genug. Was man in Frankreich erwartete und hoffte, verrät die Tatsache, daß das oben geschilderte Buch von Lavallée, das vor zwei Jahren erschienen war, jetzt mit einem Male in der Zeit vom März bis Juli viermal neu aufgelegt wurde.

Daran, daß die Augen der Nation so begehrt nach dem Rhein blickten, war Napoleon selbst nicht ohne Schuld. Hatte er doch erst 1860 eine neue Ausgabe seiner Jugendschrift, der *Idées Napoléoniennes*, veranstaltet, in der er sein ursprüngliches Programm, die Beglückung des für immer befriedigten Europa durch Frankreich, in Erinnerung brachte. Da hatte auch er der hergebrachten Umkehrung der Tatsachen gehuldigt und die Lage Frankreichs als unsicher und bedroht hingestellt: umgeben von mächtigen Nachbarn, seit Heinrich IV. Gegenstand der Eifersucht, bedürfe es einer großen stehenden Armee, um seine Unabhängigkeit zu be-

haupten. Er konnte sich nicht beklagen, wenn die Leser auch daraus wieder die Schlüsse zogen, die sie längst gewohnt waren: daß Frankreich einen besseren Grenzschutz haben müsse.

Ans Ohr des Kaisers drang die Stimme der öffentlichen Meinung laut und vernehmlich durch den Mund des größten Redners, den Frankreich besaß. Am 3. Mai 1866 hielt Thiers im Gesetzgebenden Körper die große Rede, in der er gegen die ganze Nationalitätenpolitik der Regierung und insbesondere gegen ihre neueste preußenfreundliche Richtung geharnischten Protest erhob. Er klagte sie an, von den ältesten Überlieferungen abzufallen, indem sie das Streben Preußens nach Einigung Deutschlands unterstütze. Was dabei herauskommen müsse, sei eine Erneuerung des Reiches Karls V., das zu zerstören Frankreich zweihundert Jahre gekämpft habe, nur daß dieses Reich seinen Sitz jetzt in Berlin haben werde. Dem sich zu widersetzen habe Frankreich ein dreifaches Recht: sein eigenes Interesse, das Interesse der Deutschen selbst und das Interesse Europas. Frankreich könne nicht dulden, daß ein Reich von bald 50 Millionen auf seine Grenze drücke und es einschnüre. Die Deutschen würden ihre Freiheit dabei einbüßen und Europa sein Gleichgewicht. Der oberste Grundsatz europäischer Politik, aufgestellt im Westfälischen Frieden, bestätigt 1814 als Bürgschaft für das besiegte Frankreich, sei, daß Deutschland sich aus unabhängigen Staaten zusammensetze. Das Gleichgewicht Europas verlange, und Frankreich habe ein Recht darauf, daß dieser Grundsatz nicht verletzt werde, selbst wenn ihm daraus irgend ein Landgewinn erwüchse. Das wäre sogar schimpflich, denn es würde heißen, die künftige Größe Frankreichs für ein Trinkgeld preisgeben. Kurzum, im bevorstehenden Kriege dürfe Frankreich nicht neutral bleiben, es müsse Preußen als dem Störer des Gleichgewichts entgentreten.

Thiers hätte nicht nötig gehabt, den Westfälischen Frieden zu nennen; wir wüßten auch ohnedies, daß der Geist Richelieus und Ludwigs XIV., die Überlieferungen einer Geschichte von zweihundert Jahren aus seinen Worten sprachen. Ent-

schlossen hatte er den Kern des Problems bloßgelegt: nicht um Provinzen und Grenzen, nicht um Rhein oder Saar handelte es sich jetzt, sondern darum, ob das deutsche Volk wie andere Völker einen Staat haben und eine Nation werden dürfe. Das Nein, das Thiers dieser Frage entgegenstellte, sprach nur aus, was die allgemeine Ansicht war. Man urteilte, dies sei seine beste Rede gewesen, und der Beifall, den er ertete, war ungeheuer.

Es war nicht mehr zu verkennen: Napoleon mit seiner persönlichen Politik stand allein in Frankreich, der Strom der öffentlichen Meinung lief gegen ihn; er mußte sie umstimmen, wenn er sich dennoch behaupten wollte. Das glaubte er zu erreichen, indem er Frankreich den Landzuwachs verschaffte, von dem Thiers so verächtlich sprach und über den er selbst als engherziges und kleinliches Vorurteil erhaben zu sein behauptete und wohl auch wirklich war. Frankreich sollte mit der Vergrößerung Preußens und der kommenden deutschen Einheit ausgesöhnt werden durch eine Verbesserung seiner Ostgrenze. Mit einem je nach Umständen größeren oder kleineren Bissen rheinischen Landes gedachte er allen, die im Erstarken Preußens eine Gefahr sahen, den Mund zu stopfen. In dieser Richtung verhandelte er mit Preußen.

Aber er kam nicht zum Ziel. Was er auch versuchte, ob er mit dem Gesandten offen von Rheinbayern und Rheinhessen sprach und sich doch sogleich überzeugen ließ, daß solche Abtretungen unmöglich seien; ob mit seiner stillen Erlaubnis ein ungarischer Emigrant sogar mit dem französischen Bündnis in Berlin winkte, wenn man Frankreich das Land bis zur Mosel verspräche — es war alles vergebens. Bismarck ließ sich keine feste Zusage, nicht das kleinste bestimmte Versprechen entlocken, wenn er auch andeutete, daß er für seine Person — vielleicht . . ! So blieb dem Kaiser schließlich nichts übrig, als sich an Österreich zu wenden. Am 3. Juni 1866 erklärte er sich dem Fürsten Metternich. Er entschuldigte sich förmlich, daß er mit Preußen „kokettiert“ habe. „Ich habe“, sagte er, „Preußen stets vorwärts gehen lassen,

da ich mir sagte, man würde, um sich meiner zu versichern, im gegebenen Augenblick mir eine goldene Brücke bauen. Das Rheinland als ferne Aussicht hat mich lange irre gemacht. Heute habe ich Gedanken dieser Art ganz aufgegeben.“ Das war die Einleitung zu dem Vorschlag eines geheimen Abkommens. Schon am 12. Juni wurde es abgeschlossen. Es enthielt von seiten Frankreichs das Versprechen unbedingter Neutralität, von seiten Österreichs die Zusage, auch im Falle eines Sieges Venetien abzutreten und bei einer territorialen Umgestaltung Deutschlands sich mit Frankreich zu verständigen. Mündlich wurde in Aussicht genommen: Vergrößerung der deutschen Königreiche und Schaffung eines unabhängigen Staates im Rheinland.

Wenn man diesem an sich schon ungewöhnlichen Dokument die Tatsache gegenüberhält, daß Napoleon selbst das Bündnis Italiens mit Preußen, ohne das dieses damals nicht zum Kriege geschritten wäre, begünstigt und gefördert hatte, so tritt sein Verfahren in das merkwürdigste Licht. Während er mit der einen Hand die Hindernisse wegräumte, half, die Preußen vom Kriege zurückhalten konnten, reichte er mit der andern den Österreichern eine Anweisung auf die preußische Niederlage. Während er die Italiener, seine gefügigen Trabanten, zum Kriege losließ, schloß er mit den Österreichern einen Vertrag, der ihren Sieg über Italien zur Voraussetzung hatte. Ob es wohl in der Geschichte der Diplomatie jemals etwas gegeben hat, was sich an Doppeltzüngigkeit mit diesem Verfahren vergleichen ließe? Nicht einmal im Zeitalter Machiavellis dürfte sich Ähnliches finden lassen.

Dennoch wäre Machiavelli mit diesem Schüler nicht zufrieden gewesen. Der Florentiner, der den Wert rein militärischer Bürgschaften besser als seine Zeitgenossen zu schätzen wußte, hätte den Kaiser wohl gefragt: „Wieviel Bataillone und Geschütze kannst du einsetzen, um die Ausführung deines Planes gegen alle Zufälle sicherzustellen?“ Auf diese Frage wäre Napoleon die Antwort schuldig geblieben. Auf den Sieg der österreichischen Waffen zählte er

so sicher, daß er den entgegengesetzten Fall gar nicht in Betracht zog. In einem pomphaften Manifest verkündigte er am Tage des Abschlusses des Geheimvertrags der ganzen Welt, daß Frankreich im bevorstehenden Kriege neutral bleiben werde, in der Gewißheit, daß keine der streitigen Fragen ohne seine Zustimmung werde entschieden werden. Er deutete zugleich an, wie er sich die künftige Gestalt Deutschlands dachte: Österreich sollte seine große Stellung behalten, Preußen mehr Einheitlichkeit und Stärke gewinnen, die Mittelstaaten sich enger untereinander verbinden und eine bedeutendere Rolle spielen. Also die deutsche Trias. Nur in einem absichtlich unklar gehaltenen Satz war von einer Vergrößerung Frankreichs die Rede. Der Kaiser lehnte sie entschieden ab, solange das europäische Gleichgewicht nicht zugunsten einer einzelnen Macht gestört würde und die benachbarte Bevölkerung nicht selbst ihre Vereinigung mit Frankreich wünschte. Aus mündlichen Äußerungen wissen wir, was er dabei im Schilde führte. Er wollte Österreich für das aufzugebende Venetien in Schlesien entschädigen, Preußen durch norddeutsche Territorien abrunden und einen der dadurch heimatlos gewordenen Fürsten ins Rheinland versetzen. Das alles wollte er erreichen, ohne einen Soldaten in Bewegung zu setzen, wie es schon längst sein Vorsatz gewesen war, keinen Krieg zu führen, weil da „der Zufall eine zu große Rolle spiele“.

Der Zufall, oder wie man es nennen will, spielte dennoch seine Rolle und warf alle Berechnungen über den Haufen. Statt der Österreicher siegten die Preußen. Schon am 2. Juli lief in Paris ein Hilferuf aus Wien ein, am Tage darauf fielen die Würfel bei Königgrätz. Jetzt war für Napoleon der Augenblick gekommen: eine Note im „Moniteur“ kündigte seine Vermittlung an. Einen Augenblick noch wiegten sich der Kaiser und Frankreich im stolzen Gefühl, Schiedsrichter Europas zu sein. Am Abend des 4. Juli war Paris festlich erleuchtet. Aber schon am folgenden Morgen war der Traum dieser Sommernacht zerronnen: Italien entzog sich der französischen Vermittlung. Die Nachricht stürzte den Kaiser

mit einem Schlage aus allen Himmeln seiner Phantasie auf die harte Erde der Wirklichkeit hinab; er brach förmlich zusammen, „in einem Grade, wie ich es nie für möglich gehalten hätte,“ schrieb Fürst Metternich; „er saß vor mir da und wußte nicht mehr, was tun, beim Gedanken an seine Verantwortung.“

Seine Lage war allerdings schwierig genug. Er mußte damit rechnen, daß das siegreiche Preußen seine Vermittlung ablehnte. Wollte er dann die so pathetisch angekündigte Rolle des Schiedsrichters durchführen und nicht wie ein ausgepiffener Schauspieler in den Kulissen verschwinden, so mußte er bereit sein, sich mit den Waffen Gehör zu verschaffen. Daß er das nicht konnte, wußte er nur zu gut. Das wußte man auch im preußischen Hauptquartier. Das Wagnis, zu dem Bismarck seinen König fortgerissen hatte, die ganze Armee gegen Österreich und den Deutschen Bund zu führen und das Rheinland von Truppen zu entblößen, ohne eine formelle Sicherheit für die Neutralität Frankreichs zu besitzen, dieses Wagnis war nicht so groß, wie es schien. Denn über die fehlende Schlagfertigkeit der französischen Armee war man in Berlin genau unterrichtet. Krieg führen konnte der Kaiser nicht. Es handelte sich nur noch darum, mit Krieg zu drohen, auf die Gefahr, daß auch das nicht verfiel und die Beschämung noch größer wurde. Darüber beriet ein Kronrat am Abend des 6. Juli. Die Meinungen waren geteilt und die Entscheidung schwankte. Zunächst siegten die Vertreter der scharfen Tonart, und die Mobilmachung wurde beschlossen. Dann ließ der Kaiser sich umstimmen und nahm den Beschluß zurück.

An jenem Abend hat sein Schicksal sich entschieden. Hätte er den Mut gefunden, den Abenteuerermut seiner jungen Jahre, auf gut Glück das Äußerste zu wagen, so könnte niemand sagen, wie die Dinge gelaufen wären. Bismarck selbst hat in späteren Jahren die Lage gern als bedroht geschildert und von verzweifelten Entschlüssen gesprochen, die er für den Fall des Zweifrontenkrieges bereitgehalten habe. In den kritischen Tagen selbst hat er sich ruhig und zuversicht-



lich geäußert. Mit voller Ruhe sah Moltke der Gefahr ins Auge. Er war sicher, die Franzosen ebenso zu schlagen, wie er die Österreicher geschlagen hatte. Immerhin, jeder Krieg ist ein Würfelspiel, und die Launen des Glücks kennt niemand im voraus. Aber die Sorgen erwiesen sich als grundlos. Napoleon drohte nicht, er bat nur noch, daß man ihm durch Annahme seiner Vermittlung aus der Not helfe. Erschüttert, fast gebrochen gestand er dem preußischen Botschafter die Fehler, die er gemacht hatte, war bereit, alles zuzugeben, was Preußen forderte, und wollte nicht einmal von Kompensationen hören. Bismarck hatte keinen Grund, darauf nicht einzugehen, und so kam, nach einem lebhaften Austausch von Telegrammen zwischen Paris und dem preußischen Hauptquartier, der Vorfriede von Nikolsburg (26. Juli) zustande, der Form nach unter französischer Vermittlung geschlossen, der Sache nach die Erfüllung der preußischen Bedingungen. Genau dem Programm Bismarcks entsprach es, daß Österreich aus Deutschland ausschied, Preußen um  $4\frac{1}{2}$  Millionen Seelen vergrößert wurde und mit den norddeutschen Staaten einen Bundesstaat bildete, in dem es die Militärgewalt im wesentlichen allein besaß. Bismarck hat das später sehr entschieden betont: der Verzicht auf die gesamtdeutsche Einheit, das Haltmachen an der Mainlinie war nicht die Folge französischen Einspruchs, es lag durchaus in der ursprünglichen Absicht. Als Preußen — so hieß es in einer Weisung an den Gesandten in Karlsruhe im August 1869 — im Jahre 1866 an der Mainlinie stehen geblieben sei, habe es dies nicht getan aus Rücksicht auf das Ausland, sondern darum, weil es eine Schöpfung aus homogenen Bestandteilen für gesicherter gehalten habe. Den äußeren Schein, daß er der Schiedsrichter im deutschen Bruderkrieg gewesen sei, konnte man also dem Kaiser der Franzosen ruhig lassen. In der Sache hatte Preußen alles erreicht, was es wollte.

So faßte es auch die öffentliche Meinung in Frankreich auf. Die Warner und Tadler hatten recht behalten, der Kaiser hatte Frankreichs Spiel verloren. Was seit mehr als zwei-

hundert Jahren der Eckstein der auswärtigen Politik des Landes gewesen war und für einen Grundsatz des europäischen Staatsrechts gegolten hatte, die Zersplitterung Deutschlands war in der Hauptsache beseitigt. Es nützte nichts, wenn die Verteidiger des Kaisers darauf hinwiesen, man habe Deutschland in drei Teile gespalten und dadurch unschädlich gemacht, der Prager Friede (23. August), der den Nikolsburger Vorfrieden bestätigte, sei also ein französischer Erfolg. Die Beschönigung fand keinen Glauben, und die sie vortrugen, glaubten wohl selbst nicht an sie. Jedem, der sehen wollte, sagte es der einfache Augenschein, daß Frankreich nunmehr mit einer Großmacht von mindestens gleicher Stärke an seiner Ostgrenze zu rechnen hatte. War schon der preußische Militärstaat als Nachbar den meisten als eine Gefahr erschienen, die beseitigt werden müsse, so hatte man es jetzt mit einem preußischen Norddeutschland zu tun, und wie lange konnte es dauern, so war daraus ein Gesamtdeutschland geworden? Die Kassandrarufer, die Thiers im Mai ausgestoßen hatte, gingen sichtbar in Erfüllung, der Westfälische Friede war aufgehoben. Das hatte der Kaiser mit seiner Nationalitätenpolitik erreicht, und die Annexionen, durch die er die Nation mit der veränderten Gesamtlage auszusöhnen gedacht hatte, waren ausgeblieben.

Napoleons persönliche Politik war schlecht gewesen, aber sie stand dennoch turmhoch über dem, was sein Minister Drouyn de l'Huys daran knüpfte. Jetzt, da der Krieg beendet war, hielt er den Augenblick für gekommen, die französische Rechnung vorzulegen: Saarbrücken und Landau, Luxemburg, die bayrische Pfalz und Rheinhessen mit Mainz sollten mit preußischer Zustimmung französisch werden — eine Zumutung, die man nur einem geschlagenen Preußen machen durfte. Hätten wir nicht die Akten darüber, wären wir auf Memoiren als Quelle angewiesen, wir würden die Nachricht unbedenklich für eine Fabel halten.

Vom Kaiser war das nicht ausgegangen. Der lag schwer leidend, durch die seelischen Erschütterungen der letzten Wochen völlig erschöpft, und kaum mehr zurechnungsfähig

danieder, als ihm die Zustimmung zu dem unsinnigen Schritt entrissen wurde. Nach vier Jahrzehnten hat die Kaiserin Eugenie sich selbst angeklagt, daß sie den Fehltritt nicht verhindert habe. Sie hat ihn nicht verhindert, weil sie wohl von Herzen mit ihm einverstanden war. Die mutige und tapfere Frau, die mitunter auch recht klug sein konnte, hatte offenbar den Kopf verloren angesichts der wachsenden Entzündung, mit der in Frankreich das Ergebnis des Deutschen Krieges aufgenommen wurde. Sie sah den Thron ihres Gemahls wanken und die Nachfolge ihres Sohnes bedroht und glaubte retten zu müssen, was noch zu retten war.

Der plumpe, törichte Griff nützte nur dem Gegenspieler. Bismarck bediente sich sogleich der französischen Forderung, um mit ihr bei Bayern, Württemberg und Baden den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen zu erwirken. Als sie erfuhren, wie unmittelbar sie von französischer Eroberung bedroht seien, warfen sie sich hilfesuchend Preußen in die Arme.

Die Verträge wurden am 13., 17. und 22. August unterzeichnet, der letzte noch einen Tag vor dem Prager Frieden, der die Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten ausdrücklich erklärte. Daraufhin ist von französischer Seite die entzündete Behauptung aufgestellt und oft wiederholt worden, Bismarck habe in unehrlicher Weise Buchstaben und Geist des Friedens schon vor seinem Abschluß verletzt. Mit Überzeugung kann das nur unterschreiben, wer weder juristisch noch logisch zu denken versteht. Indem der Prager Friede die Souveränität der Südstaaten bestätigte, erkannte er ihnen stillschweigend auch das Recht zu, völkerrechtliche Verträge mit auswärtigen Staaten zu schließen. Die Bündnisse mit Preußen waren nichts anderes; wer diese für untersagt hält, bestreitet Bayern und Württemberg und Baden einen Teil ihrer Souveränität. Das hätte man in Paris sicherlich geltend gemacht, wären derartige Verträge etwa mit Frankreich geschlossen worden.

Auch sonst hatte der französische Vorstoß wohltätige Folgen. Auf die ebenso höfliche wie entschiedene Ablehnung,

die Bismarck ihm zuteil werden ließ, besann Napoleon, wieder genesen, sich rasch, entließ den gefährlichen Minister, der ihn so schwer bloßgestellt hatte, und warf das Steuer seiner Politik in einem Anfall von Entschlossenheit herum, wie man sie schon lange nicht mehr an ihm bemerkt hatte. Endlich raffte er sich auf zu einem Anlauf, seine eigene Politik zu machen. Den Gedanken, die kommende preußisch-deutsche Einheit zu hindern, gab er auf, wollte die Tatsachen anerkennen und Nutzen aus ihnen ziehen; sein Ziel war jetzt nichts Geringeres als das Bündnis mit Preußen-Deutschland.

Mit großer Schnelligkeit wurde die Wendung vollzogen. Am 5. August hatte Benedetti die französische Forderung in Berlin überreicht, am 9. war er mit der abschlägigen Antwort nach Paris abgereist, am 11. erklärte Napoleon dem Grafen Goltz gegenüber alles für ein Mißverständnis, und schon am 13. erschien auf Befehl des Kaisers ein offiziöser Zeitungsartikel, der in dem Satz gipfelte: „Frankreichs wahres Interesse ist nicht, irgendwelchen unbedeutenden Gebietszuwachs zu erlangen, sondern Deutschland zu unterstützen, wenn es sich die Verfassung gibt, die für seine eigenen wie für die französischen Interessen die günstigste ist.“

Am Abend des 7. August, während die Lage am gespanntesten schien, hatte Bismarck einen französischen Journalisten, der ihn besorgt nach Krieg oder Frieden fragte, mit den Worten entlassen: „Freundschaft, dauernde Freundschaft mit Frankreich! Ich habe die feste Hoffnung, daß Frankreich und Preußen in Zukunft den Zweibund von Intelligenz und Fortschritt bilden werden!“ Wenn das in jenem Moment vielleicht als beißende Ironie gemeint war, so schien es zu einer Prophezeiung wider Willen werden zu sollen. Tatsächlich sind die beiden Staaten einer wirklichen und dauernden Verständigung, ja einem festen Bündnis niemals so nahe gewesen wie in den sechs Monaten, die auf das Ende des Deutschen Krieges folgten.

Daß Napoleon das deutsche Bündnis suchte, ist verständlich. Es war das einzige, das ihm für den Augenblick übrigblieb, das einzige, das ihm noch zu dem verhelfen konnte,

was er so dringend brauchte: zu einem sichtbaren Erfolg, der die erlittene Niederlage vergessen ließ. Erfolg aber bedeutete nun einmal für ihn soviel wie Gebietserwerb. Wenn am deutschen Rhein nichts mehr zu bekommen war, so gab es eine Stelle, an der man sich entschädigen konnte: Belgien. Daß Bismarck dagegen nichts einwenden würde — hatte er es doch wiederholt selbst empfohlen —, wußte man. Nun fand der Kaiser in einem merkwürdig verzwickten Gedankengang sogar, der Erwerb von Belgien würde den Preußen als überzeugender Beweis dafür dienen, daß die rheinischen Pläne endgültig aufgegeben seien, er würde also die beste Grundlage der Verständigung bilden.

Wieder ging es im Eiltempo voran. Am 16. August wurde die Weisung an Benedetti erlassen, am 23. hatte dieser den Vertrag fertig, am 28. übergab er ihn Bismarck. Der Text war dem Gesandten zwar nicht von Bismarck „in die Feder diktiert“, wie Benedetti später behauptet hat, aber er war der Niederschlag mündlicher Besprechungen und Bismarck insofern an seiner Entstehung beteiligt. Er besagte: Frankreich und Preußen schließen ein Bündnis zu Verteidigung und Angriff gegen jedermann und verbürgen einander ihren Besitzstand; Preußen wird Frankreich den Erwerb von Luxemburg erleichtern und es bei der Besitznahme von Belgien mit seiner ganzen bewaffneten Macht unterstützen; Frankreich wird gegen den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund nichts einwenden. Über dieses Bündnis hat man von Ende August bis in den März des folgenden Jahres verhandelt.

Auf französischer Seite hatte es eifrige Befürworter an den Ministern Rouher und La Valette und an Benedetti, der damit sein diplomatisches Meisterstück zu liefern wünschte. Besonders nachdrücklich sprach Rouher sich aus, der eigentliche Vertrauensmann des Kaisers: Preußen und Frankreich, die beiden zivilisiertesten Nationen, sollten zusammen Europa leiten; Preußen sei berufen, die Lücke auszufüllen, die England habe entstehen lassen, indem es sich von den festländischen Angelegenheiten zurückzog. Auch Moustier, der

Haller, Tausend Jahre . . . 10

etwas später das auswärtige Ministerium übernahm, bekannte, seit dreizehn Jahren ein überzeugter Anhänger der Verbindung mit Preußen zu sein. Er nannte die Allianz mit Österreich oder Süddeutschland eine „unechte“ (*alliance bâtarde*), die mit Preußen die „natürliche“ und fand, sie sei im Sinne Richelieus: an die Stelle, die damals Schweden eingenommen habe, träten jetzt Preußen und Norddeutschland. Auch außerhalb der Regierung gab es eine deutschfreundliche Strömung. Die *Revue des deux Mondes*, das vornehme Organ der gebildeten Kreise, blieb auch jetzt ihrer alten Richtung getreu. Mit ihrer liberalen Haltung war sie nicht verdächtig, Organ der Regierung zu sein, aber jetzt unterstützte sie des Kaisers Gedanken. Am 15. August brachte sie einen längeren Aufsatz, der das Streben nach territorialen Kompensationen tadelte und eine Politik empfahl, die es verstände, sich mit den neuen Kräften zu verbinden. Preußen, durch Frankreich zu gefährlicher Macht erhoben, sei zugleich durch seine moderne Richtung und Kraft Frankreich am meisten verwandt. Die guten Beziehungen mit ihm dürfte man nicht aus kleinlicher Eifersucht und eitlem Ehrgeiz aufs Spiel setzen, um die Ostgrenze mit ein paar Fetzen Landes auszuflicken.

Auf preußischer Seite war es hauptsächlich der Gesandte Graf Goltz, der mit warmem Eifer für das französische Bündnis kämpfte. Scharfsinnig und beredt führte er aus, daß die beiden Staaten, durch ihr Interesse aufeinander angewiesen, vereint unwiderstehlich, Europa beherrschen würden. Die deutsche Einheit könnte dann sofort und ohne jedes Hindernis vollendet werden, jede Opposition wäre tot. Auch von Bismarck hören wir bei dieser Gelegenheit das Bekenntnis: „Ich habe diese Allianz von Anfang meiner Geschäftsführung an als den natürlichen Ausdruck der dauernden Übereinstimmung der Interessen beider Länder angesehen und behandelt.“ Als die Verhandlungen bereits am Scheitern waren, hat er seiner Überzeugung noch einmal mit stärkstem Nachdruck Worte geliehen. „Wir sind“, schreibt er am 15. Februar 1867, „die einzige Macht in Europa, welche durch wirkliche solide

Interessen an die Dynastie des Kaisers geknüpft ist. Unsere Interessen gebieten uns ebenso sehr, wie unsere Macht und unsere geographische Lage uns dazu instand setzt, der Napoleonischen Dynastie jede Garantie der Dauer zu verschaffen, die in menschlicher Macht steht, und Frankreich vor Koalitionskriegen zu bewahren.“

Bismarck ist auch nicht etwa zum Schein auf das belgische Projekt eingegangen, noch viel weniger hat er damit Napoleon eine Falle stellen wollen. Oft hat er sich darüber ausgesprochen, am deutlichsten in einem Erlaß an den Botschafter in Paris, mit dem er dem französischen Bündnisantrag zuvorkam. Am 8. August schrieb er: „Über kurz oder lang werden die Verhältnisse in Belgien doch in Fluß kommen, ja, es hängt von dem Kaiser selbst sehr wesentlich ab, sie in Fluß zu bringen. Es ist also keineswegs bloß ein Wechsel auf die Zukunft, wie Herr Drouyn de l'Huys sich einst gegen mich ausdrückte, was wir Frankreich bieten, wenn wir uns mit einem Erwerb nach dieser Seite hin einverstanden erklären. Ich halte Belgien auf die Dauer nicht für lebensfähig, und auch einen Machtzuwachs Frankreichs durch das französische Belgien können wir vertragen, weil er unsere Stellung in Deutschland nicht berührt.“

In Berlin kennen wir nur einen Gegner des Bündnisprojektes; das war der König. Über das französische Bündnis im allgemeinen hat Wilhelm I. sich nie geäußert, aber das Projekt, das ihm jetzt vorgelegt wurde, gefiel ihm nicht. Er fürchtete, die Sympathien Deutschlands zu verlieren, wenn bekannt würde, daß er „eine französische Allianz zur Vernichtung Belgiens geschlossen habe, um dadurch Herrscher in Deutschland zu werden“. Ob Belgien wirklich bestimmt sei, in Frankreich aufzugehen, könne man abwarten, und notwendig sei das französische Bündnis nicht. Zunächst verstand er sich nur zu einer entgegenkommenden Erklärung: er war bereit, wenn Napoleon die Einigung von ganz Deutschland nicht störte, seinerseits „einer Machterweiterung Frankreichs auf dem Boden der französischen Nationalität kein Hindernis entgegenzusetzen“, auch bereit, wenn die beiden Mächte bei

der Verfolgung ihres natürlichen Entwicklungsganges auf Hindernisse und Gefahren stoßen sollten, sich mit Frankreich „zu gemeinschaftlicher Abwehr“ zu verständigen. Das besagte: die Entente wäre genehm, das formelle Bündnis bliebe vorbehalten. Bismarck gab die Hoffnung nicht auf, den König auch für das Bündnis zu gewinnen. Er brauche Zeit dafür, schrieb er an Goltz; dränge man jetzt auf Entscheidung, so würde das gewonnene Terrain verloren gehen.

In Paris aber hatte man Eile und suchte den Abschluß zu beschleunigen. Daß Bismarck erkrankte und bis Ende Dezember den Geschäften fernbleiben mußte, wurde als peinliche Verzögerung empfunden. Als er wieder erschien, begann sofort das Drängen der Franzosen. Es nützte nichts, daß er vorstellte, Preußen könne und wolle Frankreich nur den gleichen Dienst erweisen, den es kürzlich im Kriege gegen Österreich erfahren habe: wohlwollende Neutralität. Wie er damals auf bindende Abmachungen im Vertrauen auf die Gesinnung des Kaisers verzichtet habe, so verlange er jetzt vom Kaiser das gleiche Vertrauen. Er fand, wohlwollende Neutralität und gegenseitiger Verzicht auf feindliche Verbindungen müsse genügen, denn Frankreich habe keine Koalition zu fürchten, an der Preußen nicht beteiligt sei. In Paris dachte man anders, man wollte etwas Greifbares und richtete das Augenmerk zunächst auf Luxemburg. War der Wert des Landes gering, auch die Festung nicht entfernt mehr von der Bedeutung, die sie einst gehabt, so sollte dieser Erwerb doch wenigstens für den Augenblick die aufgeregte öffentliche Meinung beruhigen und zugleich als Unterpfand künftiger größerer Erfolge dienen. Luxemburg war, wie Graf Goltz sich ausdrückte, „der Prolog für die belgische Frage“ oder, wie Keudell sagt, „die Etappe auf dem Wege nach Belgien“.

Das Großherzogtum, bisher Glied des Deutschen Bundes und seit dessen Auflösung unabhängig, wurde vom König von Holland in Personalunion regiert. Seine Besitznahme wäre also eine Sache gewesen, die zwischen Frankreich und dem König-Großherzog abgemacht werden konnte, hätte nicht von früher her eine preußische Besatzung in der Festung gelegen,



und hätte nicht in Deutschland die Ansicht allgemein geherrscht, Luxemburg sei deutsches Land und dürfe nicht aufgegeben werden. Die Frage mußte also vorsichtig angefaßt und durfte überhaupt nicht aufgeworfen werden, ehe die preußische Besatzung abgezogen war. Statt dessen wurde das Geschäft von Anfang an durch Übereilung und Ungeschick auf französischer Seite verdorben — über die täppische Leichtfertigkeit des Ministers Moustier herrschte unter den Diplomaten in Paris nur eine Stimme —, und als um Mitte März 1867 die geplante Abtretung ruckbar wurde, während preußische Soldaten noch in Luxemburg standen, brach in Deutschland ein Sturm nationaler Empörung los, der es Bismarck unmöglich machte, dem französischen Vorgehen durch wohlwollende Neutralität zu sekundieren, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte. Allerdings ist auch fraglich, ob er zu dieser Zeit noch so dachte wie früher. Seine Erlasse und Randbemerkungen seit seiner Rückkehr ins Amt verraten deutlich eine veränderte Stimmung, die infolge des französischen Drängens bis zu großer Gereiztheit stieg. Den Rücksichten, die Napoleon zur Eile trieben, verschloß er sich grundsätzlich. „Wenn man in Paris“, so schrieb er an Goltz, „nicht von der Überzeugung durchdrungen ist, daß das Zusammengehen von Preußen und Frankreich im wahren und dauernden Interesse Frankreichs und speziell der Dynastie des Kaisers liegt, und wenn der letztere und seine Staatsmänner sich nicht in der Lage glauben, das Durchdringen dieser Überzeugung auch in der Nation abzuwarten und zu fördern und ihre Politik inzwischen, unbeirrt durch vorübergehende Strömungen der öffentlichen Meinung, fortzuführen: so ist die französische Politik überhaupt keine solche, auf welche wir unsere eigenen Kombinationen bauen könnten.“ Er hielt jetzt nicht mehr zurück mit dem Geständnis: „Es ist der Mangel an Vertrauen auf die Stetigkeit der Politik Frankreichs, welcher unsere Beziehungen zu der kaiserlichen Regierung erschwert und uns nötigt, uns die Möglichkeit auch anderer europäischer Kombinationen offen zu halten.“ Sein immer waches Mißtrauen gab ihm sogar den Verdacht ein, die luxemburgische Sache solle Preußen

kompromittieren und isolieren; sie solle die Einleitung zu einem Angriff bilden! Luxemburg — so faßte er zusammen — müsse „nicht die Vorbedingung, sondern die Folge einer aufrichtigen politischen Verbindung zwischen beiden Ländern sein“.

So richtig das Rezept in der Theorie war, für Napoleon war es nicht anwendbar. Weniger als je fühlte er sich Herr seiner Entschlüsse. Sein einst so großer persönlicher Kredit war aufgebraucht, das Vertrauen auf seine Staatsweisheit geschwunden, seine ganze Stellung schwer erschüttert, da seit sieben Jahren jeder sichtbare Erfolg ausgeblieben war, während ein Fehlschlag den andern abgelöst hatte: in der polnischen Frage, in der mexikanischen Expedition, im Deutschen Krieg. Wohl wäre es an sich das richtige gewesen, mit Preußen und Italien sich zu verbinden und vereint mit diesen Bundesgenossen die Karte Europas nach ihren gemeinsamen Interessen zu korrigieren. Der König von Italien, dem der preußische Gesandte das auseinandersetzte, gab darauf die richtige Antwort: „Der Kaiser ist ängstlich geworden. In jüngeren Jahren würde er wahrscheinlich dieses große Geschäft gemacht haben, jetzt nicht mehr.“

Wie ängstlich er geworden war, bewies Napoleon eben in dieser Zeit durch eine überraschende Wendung seiner inneren Politik. Indem er der Kammer das Recht der Interpellation gewährte (19. Januar 1867), wollte er den Übergang zu einem liberalen Regierungssystem einleiten. Umso dringender brauchte er jetzt einen Erfolg, sei es auch nur einen kleinen. Wie man in der Gesellschaft, in der Armee über ihn dachte und sprach, konnte ihm nicht verborgen bleiben. Zum Überfluß ergriff jetzt auch Thiers, der Kritiker vom vorigen Jahr, wieder das Wort zu einer vernichtenden Anklage. Die Rede, die er am 14. März im Gesetzgebenden Körper hielt, schloß mit den Worten: „Es bleibt kein Fehler mehr zu machen übrig“ (*il n'y a plus une faute à commettre*). Also einen Erfolg, schnell einen Erfolg! Der Ankauf von Luxemburg sollte die Kritik dämpfen. Und gerade jetzt stellte sich heraus, daß das Geschäft nicht zustande kam. Der König von Holland zog sich

zurück, da Preußen Schwierigkeiten machte, und Bismarck, der sich im Reichstag Angriffen ausgesetzt sah, schritt zur Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Der Eindruck in Frankreich war erschütternd, die Erregung größer als nach Königgrätz. Laut wurde der Kaiser der Unfähigkeit angeklagt. Die Kaiserin hielt den Krieg schon für unvermeidlich, die Generäle trieben dazu, manchen erschien er als der einzige Ausweg aus der Verwirrung, in der das Land unregierbar geworden sei. Napoleon selbst sprach offen von der Gefahr und suchte nach einem Ausweg.

Zum Kriege ist es nicht gekommen, weil Bismarck ihn nicht wollte. Es ist bekannt, wie er sich darüber ausgesprochen hat. Die Ansicht Moltkes, der den Augenblick zu benutzen riet, wo die preußische Überlegenheit den Sieg verbürgte, war nicht die seine. „Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen.“ So äußerte er sich damals. Der Vorsehung — hat er später gesagt — könne man nicht in die Karten sehen.

Der scheinbare Widerspruch, in dem diese Äußerung zu seiner eigenen Handlungsweise von 1864 und 1866 steht, löst sich auf, sobald man eine Unterscheidung macht, die Bismarck damals unausgesprochen gelassen hat. Wenn der Krieg ein positives Ziel verfolgt, das anders nicht erreicht werden kann und der Opfer wert ist, so soll man ihn führen, sobald man weiß, daß man ihn gewinnen wird. 1864 und 1866 war das der Fall gewesen. Fehlt ein solches Ziel, so ist die Aussicht auf den Sieg noch kein Grund, einem feindlichen Angriff, den man erwartet, zuvorzukommen. So lag es 1867. Bismarck hat, nach gelegentlichen Äußerungen zu urteilen, den Krieg gegen Frankreich schon damals, ebenso wie Moltke, kommen sehen. Aber er wußte für ihn, vom deutschen Standpunkt aus, kein entsprechendes Ziel. Dagegen stiegen die Aussichten, ihn trotz allem zu vermeiden, mit jedem Jahr, in dem der Friede erhalten blieb. Wohl konnte Frankreich die Zeit benutzen, sich besser zu rüsten. Aber auch Deutschland

wurde inzwischen stärker, wenn die sämtlichen deutschen Staaten das preußische Wehrsystem annahmen. Inzwischen — was konnte nicht alles in Frankreich geschehen! Der Kaiser krank und sichtlich geschwächt, offenbar nicht mehr Herr der Lage, das Volk in Opposition, durch Parteiungen gespalten — durfte man nicht damit rechnen, daß über kurz oder lang eine Umwälzung, der Sturz Napoleons, vielleicht sein Tod, das Versagen einer Regentschaft oder was immer eintreten werde, das die Kriegsgefahr für absehbare Zeit überhaupt verscheuchen würde? Der Hinweis auf die unerschöpflichen Mittel der Vorsehung war also hier keine Phrase, er hatte einen sehr konkreten und sehr begründeten Sinn.

So wurde der Krieg im Frühling 1867 noch vermieden. Unter österreichischer Vermittlung einigte man sich, daß Luxemburg von den preußischen Truppen geräumt und wie Belgien für neutral erklärt wurde. Aber mit den Aussichten auf ein deutsch-französisches Bündnis war es nun auch vorbei. Der Versuch, es zu erlangen, hatte Napoleon nur eine neue Schlappe gebracht; er dachte nicht mehr daran. Noch waren die Verhandlungen mit Berlin nicht zu Ende, da hatte er nach seiner Weise schon begonnen, sich auf die Wendung einzurichten. Er knüpfte mit Österreich an und nahm gleichzeitig eine gründliche Reform des Heerwesens in die Hand. Künftig sollte seine Politik mit der Mehrheit der öffentlichen Meinung gehen, und wohin diese strebte, das wußte man. Es klingt wie ein wehmütiger Abschiedsgruß, wenn wir in dem Kabinettsrat vom 17. April, wo der Beschluß gefaßt wurde, Luxemburg aufzugeben, den Staatsminister Rouher noch einmal seine Überzeugung vortragen hören, daß Frankreich neben einem starken, die Kräfte Deutschlands in seiner Hand zusammenfassenden Preußen sehr wohl leben könne, ohne deshalb eine Einbuße an Macht und Ansehen zu erleiden; daß der Krieg mit Preußen je länger, desto unwahrscheinlicher sei, die französische Nation mit der Neugestaltung Deutschlands sich aussöhnen werde. Der Kaiser soll dem zugestimmt haben. Wenn es geschah, so war es zum letztenmal und vermutlich nur zum Schein. Von jetzt an nahm seine Politik die

richtung auf den Kampf gegen Preußen. Preußen zu verhindern, daß es ganz Deutschland an sich ziehe, es zu zwingen, daß es die Bündnisse mit den Südstaaten aufgebe, war das nächste Ziel. Dahinter erschienen aufs neue die alten, so oft schon gehegten, nie geglückten, zuletzt feierlich aufgegebenen Anschläge auf den Rhein.

Es war wohl der Mühe wert, den Verlauf der deutsch-französischen Bündnisverhandlungen, der einzigen, die es gegeben hat, genauer ins Auge zu fassen. Hätten sie Erfolg gehabt, wie anders wäre alles gekommen! Unter den Beteiligten hat man damals die Bedeutung des Augenblicks wohl erkannt. Kam jetzt das Bündnis nicht zustande, brach statt dessen ein Krieg aus, so war zu befürchten, daß dieser, gleichviel wie er endete, nur den Anfang einer Kette von Kriegen bilden würde. Auch Bismarck hat sich damals und ebenso noch viel später in diesem Sinne ausgesprochen. Die Folgezeit hat diese Voraussagung bestätigt. Der Krieg, der die Folge der gescheiterten Verständigung war, hat neue Feindschaft und neuen Krieg gezeugt. Darum möchte man den Männern zürnen, die den Gedanken des Bündnisses, der so hoffnungsvolle Möglichkeiten in sich barg, im Keim verdorren ließen.

Daß die Nachwelt hüben wie drüben die Schuld nur beim andern sucht, ist natürlich. Für die Franzosen ist Bismarck, wie immer, der Intrigant, der ihren gutmütigen Kaiser mit teuflischer Bosheit in die Falle gelockt hat, um ihn bloßzustellen und Frankreich zu demütigen. Uns liegt nichts ferner, als Bismarck in diesem wie in andern Fällen der Harmlosigkeit zu verdächtigen. Möglich, daß in Erinnerung an den sorgenvollen Verdruß, den ihm die französische Einmischung in den österreichischen Krieg soeben bereitet hatte, die Niederlage des Kaisers ihm eine heimliche Genugtuung gewährte. Aber daß er sie geplant und erstrebt habe, ist weder zu erweisen noch irgend wahrscheinlich. Er hätte die dauernde Verständigung mit Frankreich damals wie früher gern gesehen und ihm auch eine Vergrößerung gegönnt, wenn sie nicht auf deutsche Kosten ging. Das hat er zu oft ausgesprochen, bei Gelegenheiten, wo Verstellung keinen Sinn hatte, als daß

man daran zweifeln könnte. Ein Krieg mit Frankreich war in seinen Augen zwecklos. Was hatte das neue deutsche Reich zu begehren, das wertvoller gewesen wäre als Frieden und Freundschaft mit Frankreich? Etwa das Elsaß? In jungen Jahren hatte auch Bismarck wohl danach verlangt, die deutsche Fahne wieder auf dem Münster zu Straßburg wehen zu sehen, jetzt dachte er anders. Im Oktober 1868, im Gespräch mit seinem Jugendfreund Alexander Keyserling, hat er die Kriegsgefahr berührt, die von Frankreich drohte. Er bemerkte dazu, er seinerseits wünsche den Krieg nicht, Preußen könne dabei nichts gewinnen, denn auch das Elsaß würde schwer zu behaupten sein. Wäre es also nach ihm gegangen, so hätte Frankreich den Raub Ludwigs XIV. behalten, sofern es nur die Einigung Deutschlands anerkannte. Dem deutschen Volk wäre der Verzicht auf das uralte deutsche Land, an dem so viele kostbare deutsche Erinnerungen hingen, nicht leicht gefallen. Aber in Deutschland ist das Fühlen und Wünschen des Volkes niemals stark genug gewesen, die wohlüberlegte Staatskunst einer Regierung, die wußte, was sie wollte, ernstlich zu stören, und einem Bismarck gegenüber wäre daran vollends nicht zu denken gewesen. Das deutsche Volk hätte den Verzicht auf das Elsaß ertragen, wie es den Verlust ertragen hatte, es hätte sich an die Tatsache gewöhnt und mit ihr abgefunden, wenn es sich überzeugte, daß Frankreich ein friedlicher Nachbar und sicherer Freund sei und bleibe.

In Frankreich sah es anders aus. Dort wollte man Preußen die neu errungene Macht nicht gönnen, man haßte es bitter. Im ganzen Lande hatte Fürst Metternich im Frühjahr 1867 diese Stimmung angetroffen, und in Paris war sie so stark, daß die bevorstehende Weltausstellung gefährdet schien. Ob man es aussprach oder nicht, man konnte sich in den Gedanken nicht finden, daß es mit der eigenen Rolle als führender Kontinentalmacht zu Ende sei und man die Stellung an der Spitze Europas, die man bis 1814 besessen, dann verloren und erst kürzlich wiedergewonnen hatte, in Zukunft bestenfalls mit Deutschland werde teilen müssen. Was half demgegen-

über das deutsche Bündnis, wenn der Verbündete stärker war? Schon der Norddeutsche Bund war stärker als Frankreich, ein gesamtdeutsches Reich würde es erst recht sein. Zudem meldete sich wieder das schlechte Gewissen: man fürchtete für das Elsaß. Daß die Deutschen darauf verzichten würden, konnte man sich nicht vorstellen. Ja, man hat sogar von der Gefahr gesprochen, das immer noch zum guten Teil deutsche Land könne durch die Anziehungskraft eines deutschen Reiches dazu gebracht werden, sich von Frankreich loszureißen. Napoleon selbst berührte gelegentlich diese Möglichkeit, an die er zwar nicht glaube, mit der man aber rechnen müsse. In der Öffentlichkeit erhob ein Elsässer, Charles Müller, in einer Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Unsere Rheingrenze“ seine Stimme. Er erinnerte den Kaiser an die Ehrenschild, die seit 1815 auf seinem Namen laste, und verlangte stürmisch das ganze linke Rheinufer, „um der Ehre und Sicherheit Frankreichs willen und im Interesse der Kultur“. Andernfalls sei das Elsaß bedroht. „Entweder wird Köln französisch, oder Straßburg ist in Gefahr, wieder deutsch zu werden.“ Nicht ganz so stürmisch, aber doch auch entschlossen genug äußerte sich Prévost-Paradol. Er wollte es nicht als Angriffskrieg bezeichnet wissen, wenn Frankreich, statt das geeinte Deutschland in Straßburg zu erwarten, ihm in Mainz zuvorkäme.

Auf dem Grunde einer solchen Volksstimmung läßt sich kein Bündnis errichten. So muß man schon sagen: Frankreich trägt die Schuld, daß die Verständigung mit dem werdenden Deutschland nicht gelang; es hat sie nicht gewollt. Seltene Ausnahmen waren die Männer, die, wie Napoleon selbst und Rouher, die Möglichkeiten erkannten, die ein verbündetes Deutschland der französischen Zukunft bot. Die ungeheure Mehrheit lebte im Banne der Vergangenheit, und der Widerspruch, den Thiers im Namen der Tradition gegen die Eini-gung Deutschlands erhob, war des Echos im ganzen Lande gewiß.

Wenn man das weiß, schwindet das Bedauern darüber, daß die Bündnisverhandlungen von 1866/67 eine Episode

ohne Folgen geblieben sind. Sie waren im Grunde immer aussichtslos. Es fragt sich sogar, ob Bismarck nicht hier, einem Lieblingsgedanken zu Gefallen, allzu freigebig hat sein wollen. Ob die Überlassung von Belgien an Frankreich nicht unter allen Umständen gefährliche Folgen für Deutschland gezeitigt hätte, ist eine naheliegende Frage. Ein französisches Antwerpen oder auch nur eine französische Grenze zwischen Antwerpen und dem Niederrhein hätte auf Köln und weiter stromaufwärts auf ganz Westdeutschland einen spürbaren Druck ausgeübt. Daß die militärgeographische Lage sich für Deutschland bedeutend verschlechterte, wenn Belgien ganz oder teilweise französisch wurde, zeigt ein Blick auf die Karte. Und wer bürgte dafür, daß Frankreich im Besitz von Belgien niemals auf die alten Rheinwünsche zurückgekommen wäre? Ein Menschenalter fester Bundesgenossenschaft hätte kaum genügt, um in dieser Beziehung alle deutschen Besorgnisse zu zerstreuen, und schon dazu hätte es einer starken Regierung in Frankreich bedurft, die unbeirrt von der Volksstimmung ihren Weg verfolgte. Diese Regierung gab es nicht. Napoleon war das Gegenteil, immer ein schwankendes Rohr und jetzt ein siecher Mann. Sein Tod, schon eine längere schwere Krankheit brachte die entgegengesetzte Richtung ans Ruder und stellte alles in Frage. Das Bündnis mochte in der Idee noch so gut und richtig sein, es hatte in der Wirklichkeit keine Grundlage. Napoleon hatte am Ende nicht so unrecht, als er zu Goltz die Bemerkung fallen ließ, es müsse wohl Schicksalsnotwendigkeit sein, daß Deutschland und Frankreich in Kampf gerieten. Das Schicksal war die Vergangenheit, von der Frankreich sich nicht lossagen wollte.

So möchte man es kaum mehr beklagen, daß Bismarcks Gedanken nicht verwirklicht wurden, und der alte König Wilhelm hat mit seinem nüchternen Verstand das Richtige getroffen, als er sich dagegen sträubte, zur Vernichtung eines Nachbarstaates die Hand zu bieten, dessen Neutralität zudem von Preußen garantiert war.